



PRESSEMITTEILUNG

Nr.135/GP

05.05.2023

Holetschek: Versorgung mit Arzneimitteln rasch und langfristig stabilisieren - Bayerns Gesundheitsminister beim Bayerischen Apothekertag 2023 am 5. Mai in Erlangen: Vorschläge an Berlin und Brüssel liegen auf dem Tisch - 100.000 Euro für Nach-wuchskampagne

Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek setzt sich für eine möglichst rasche Sicherung der Arzneimittelversorgung in Deutschland ein. Holetschek betonte am Freitag anlässlich des Apothekertags 2023 in Erlangen: „Ganz Deutschland ist seit Monaten in einer Dauerschleife der Arzneimittelengpässe gefangen. Besonders Leidtragende sind die Kinder. Aktuell sind es antibiotikahaltige Säfte für Kinder, an Weihnachten waren es die Fiebersäfte für Kinder. Die Apothekerinnen und Apotheker vor Ort geben ihr Bestes, um den Mangel zu mindern. Aber klar ist: Wir brauchen dringend eine echte Stabilisierung der Arzneimittelversorgung! So kann es nicht weitergehen.“

Der Minister sagte: „Ich danke den Apothekerinnen und Apothekern, die beispielsweise durch die eigene Herstellung von Arzneimitteln schnell und unkompliziert Abhilfe schaffen, wenn etwa Fiebersäfte bei Kindern fehlen. Sie engagieren sich sehr, um knappe Arzneimittel aufzutreiben oder herzustellen. Aber das kann keine Dauerlösung sein.“

Holetschek kündigte an: „Ich will die Apotheker bei der Weichenstellung für die Zukunft noch stärker unterstützen. Mit 700.000 Euro finanzieren wir aktuell eine Studie, mit der innovative Ansätze für eine Optimierung und Weiterentwicklung der Apothekenversorgung erarbeitet werden sollen. Dazu arbeiten wir eng mit der Apothekerschaft zusammen. Zudem werden wir eine von Seiten der Apothekerschaft angedachte Kampagne zur Gewinnung von Nachwuchskräften in diesem Jahr mit 100.000 Euro fördern.“

Der Minister fügte hinzu: „Aktuell fehlt es wieder an Arzneimitteln ausgerechnet für die Kleinsten: Antibiotikahaltige Säfte für Kinder sind absolute Mangelware – und ein Ausweichen auf Alternativen ist nicht immer möglich. Im schlimmsten Fall wird eine notwendige Therapie verzögert – hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden.“

Holetschek betonte: „Die Bundesregierung hat mit dem kürzlich vorgelegten Gesetzesentwurf zwar bereits erste wichtige Schritte getan. Diese reichen aber noch nicht aus. Gerade wenn es zu Liefer- und Versorgungsengpässen kommt,



sind mehr Pragmatismus und weniger Bürokratie gefragt.“

Der bayerische Gesundheitsminister erläuterte: „Insbesondere braucht es Verfahrenserleichterungen für Ärzte und Apotheken, so müssen die Vorgaben zur sogenannten Retaxierung für Apotheken generell überprüft werden, also was passiert, wenn die Krankenkasse nachträglich eine Kostenerstattung für ein geliefertes Arzneimittel verweigert. Immerhin ermöglicht die Feststellung des Versorgungsmangels bei antibiotikahaltigen Säften für Kinder durch den Bund nun ein pragmatischeres Vorgehen. Wir haben sofort reagiert und die Einfuhr von Antibiotikasäften erlaubt, die in dem Staat, aus dem sie importiert werden, rechtmäßig in Verkehr gebracht werden dürfen, auch wenn sie in Deutschland nicht zugelassen oder registriert sind. Zudem haben wir die Krankenkassen gebeten, pragmatisch vorzugehen, wenn Apotheken Antibiotikasäfte selbst herstellen. Alle Akteure in Bayern sollen an einem Strang ziehen.“

Der Minister ergänzte: „Mitte April haben wir auf dem Bayerischen Pharmagipfel in Berlin Maßnahmen vorgestellt, die langfristig für Abhilfe sorgen können. Wenn wir die Versorgung gewährleisten wollen, dann brauchen wir viel mehr Forschung und Entwicklung genauso wie Produktion in Deutschland und Europa. Der Pharmastandort Deutschland muss wieder attraktiv werden! Genauso wichtig – gerade in diesen unruhigen Zeiten – ist es, Lieferketten zu stabilisieren. Wir können weltweite Krisen und daraus resultierende Produktionsausfälle nicht verhindern. Aber wir müssen sie besser kompensieren.“

Holetschek betonte: „Daher habe ich bereits im November 2022 in Bayern eine Taskforce zum Thema Arzneimittelversorgung gegründet. Mit allen Beteiligten haben wir notwendige Verbesserungen der Rahmenbedingungen der Arzneimittelversorgung identifiziert und Maßnahmen beschlossen, soweit dafür in Bayern eine Zuständigkeit besteht. Klar ist aber auch, dass Berlin und Brüssel nun am Zug sind. Die von der EU-Kommission kürzlich vorgestellten Vorschläge sind überfällig. Notwendig sind Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung der Arzneimittelversorgung, zur Förderung von Innovationen und zur Verringerung der Bürokratie bei Zulassungsverfahren und zu deren Beschleunigung.“